

Antrag Nr.: 0062/2010/AN
Antragsteller: Grüne/gen.hd, FWV, BL/LI,
GAL/HD P&E
Antragsdatum: 12.05.2010

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat IV, Bürgeramt

Beteiligung:

Betreff:

Einführung Waffenkontrollgebühr

Antrag


Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	01.07.2010	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	14.07.2010	Ö		
Gemeinderat	28.07.2010	Ö		


Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Abbildung des Antrages:

FRAKTIONSGEMEINSCHAFT GRÜNE / GENERATION.HD



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



generation.hd
wir verbinden Generationen

<p>Für: Stadt Heidelberg Herr Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner</p> <p>Fax: (06221) 58 10 590</p>	<p>Poststr. 18-20 69115 Heidelberg Tel: +49 (6221) 914 66 14 Fax: +49 (6221) 914 66 12</p> <p>Bergheimer Str. 144 69115 Heidelberg Tel: +49 (175) 4 17 05 23</p> <p>fraktion@gruene-heidelberg.de info@generation-hd.de www.gruene-heidelberg.de www.generation-hd.de</p>
---	---

Heidelberg, 10.05.2010

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Einführung Waffenkontrollgebühr

1. Bericht der Verwaltung
2. Diskussion und Aussprache

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt Heidelberg führt eine Waffenkontrollgebühr für die Durchführung von Kontrollen der Waffenaufbewahrung in Privathaushalten ein. Die Waffenkontrollgebühr wird so konstruiert, dass sie für sämtliche durch die Kontrollen verursachten Personal- und Sachkosten kostendeckend ist.

Begründung:

Nach den Amokläufen in verschiedenen Schulen wurden Gesetze und Verordnungen geändert, um zukünftig mehr Sicherheit zu erreichen. Das Land hat den Kommunen aufgetragen, die ordnungsgemäße Waffenaufbewahrung in Privathaushalten zu kontrollieren. Finanzielle Mittel wurden den Kommunen vom Land für diese Aufgabe nicht zur Verfügung gestellt. Die Kontrolle der Waffen in Privatbesitz sollte daher von WaffenbesitzerInnen vollständig getragen werden, damit der Stadt keine zusätzliche Belastung entsteht. Die Waffenkontrollgebühr ist gleichzeitig ein Anreiz, den privaten Waffenbesitz aufzugeben. Weniger Waffen bedeuten mehr Sicherheit für alle.

UNTERSCHRIFTEN SIEHE SEITE „

1

**gezeichnet Fraktionsgemeinschaft Grüne/gen.hd,
gezeichnet FWV,
gezeichnet BL/LI,
gezeichnet Fraktion/AG GAL/HD P&E**